

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Dr. Matthias Manthei, Fraktion der AfD**

**Angriffe auf Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

### **Vorbemerkung**

Aus Gründen der Validität werden bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage nur die Fälle dargestellt, die polizeilich bekannt geworden sind.

1. Wie viele verbale und tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte sind in Mecklenburg-Vorpommern seit dem 01.01.2007 pro Jahr und pro Berufsgruppe registriert worden?
  - a) Wie viele der Täter waren sogenannte Reichsbürger?
  - b) Wie viele der Täter waren ausländische Staatsbürger und über welche Aufenthaltstitel verfügten sie?
  - c) Welches Geschlecht hatten die Täter und die Opfer?

Die Fragen 1, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Angriffe gegen Polizeivollzugsbeamte und gegen Rettungskräfte lassen sich in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Mecklenburg-Vorpommern ab dem Jahr 2010 darstellen. Daten zu den Tatverdächtigen dieser Fälle sind jedoch automatisiert nicht abrufbar und bedürfen einer händischen Auswertung aller in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Fälle, die im Rahmen Kleiner Anfragen nicht leistbar ist.

Eine händische Einzelrecherche der in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Fälle würde für die Landesregierung einen Aufwand begründen, der schon mit der aus Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern folgenden Pflicht zur unverzüglichen Beantwortung Kleiner Anfragen nicht zu vereinbaren wäre. Angaben zu Reichsbürgern stehen nicht zur Verfügung, da diese als solche nicht in der PKS erfasst werden.

Anzahl erfasster Fälle mit Opfern von Polizei, Feuerwehr, sonstigen Rettungsdiensten sowie Geschlecht der Opfer			
2010			
	Polizei	Feuerwehr	Sonstige Rettungsdienste
Fallzahl	589	0	0
Opfer männlich	823	0	0
Opfer weiblich	104	0	0
2011			
Fallzahl	585	3	17
Opfer männlich	857	5	16
Opfer weiblich	104	1	2
2012			
Fallzahl	623	2	17
Opfer männlich	971	2	18
Opfer weiblich	133	0	5
2013			
Fallzahl	565	1	14
Opfer männlich	855	2	9
Opfer weiblich	158	0	6
2014			
Fallzahl	543	1	4
Opfer männlich	923	2	4
Opfer weiblich	147	0	1
2015			
Fallzahl	559	5	15
Opfer männlich	886	5	18
Opfer weiblich	118	1	6
2016			
Fallzahl	668	1	17
Opfer männlich	1.095	1	14
Opfer weiblich	199	0	4

2. Wie viele verbale und tätliche Angriffe gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der in Frage 1 nicht genannten Berufsgruppen sind seit dem 01.01.2007 pro Jahr registriert worden (bitte nach Behörden auflisten)?
- a) Wie viele der Täter waren sogenannte Reichsbürger?
  - b) Wie viele der Täter waren ausländische Staatsbürger und über welche Aufenthaltstitel verfügten sie?
  - c) Welches Geschlecht hatten die Täter und die Opfer?

Die Fragen 2, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

In der PKS ist „Öffentlicher Dienst“ kein Erfassungskriterium. Neben den in der Frage 1 erfassten Berufsgruppen erfolgt eine Erfassung für Vollzugsbeamte des Zolls, der Justizvollzugsanstalten und für sonstige Vollstreckungsbeamte (und gleichstehender Personen) in der PKS für Mecklenburg-Vorpommern ab dem Jahr 2010. Daten zu den Tatverdächtigen dieser Fälle sind jedoch automatisiert nicht abrufbar und bedürfen einer händischen Auswertung aller in der folgenden Tabelle genannten Fälle, die im Rahmen Kleiner Anfragen nicht leistbar ist. Eine händische Einzelrecherche der in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Fälle würde für die Landesregierung einen Aufwand begründen, der schon mit der aus Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern folgenden Pflicht zur unverzüglichen Beantwortung Kleiner Anfragen nicht zu vereinbaren wäre.

Angaben zu Reichsbürgern stehen nicht zur Verfügung, da diese als solche nicht in der PKS erfasst werden.

<b>Anzahl erfasster Fälle mit Opfern von Zoll, Justizvollzugsanstalten (JVA) und sonstigen Vollstreckungsbeamten/gleichstehenden Personen</b>			
<b>2010</b>			
	<b>Zoll</b>	<b>JVA</b>	<b>Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen</b>
Fallzahl	2	3	8
Opfer männlich	2	1	4
Opfer weiblich	0	3	6
<b>2011</b>			
Fallzahl	0	5	7
Opfer männlich	0	7	6
Opfer weiblich	0	0	1
<b>2012</b>			
Fallzahl	4	5	5
Opfer männlich	4	7	5
Opfer weiblich	0	1	0
<b>2013</b>			
Fallzahl	1	4	14
Opfer männlich	1	4	10
Opfer weiblich	0	0	5
<b>2014</b>			

<b>Anzahl erfasster Fälle mit Opfern von Zoll, Justizvollzugsanstalten (JVA) und sonstigen Vollstreckungsbeamten/gleichstehenden Personen</b>			
<b>2010</b>			
	<b>Zoll</b>	<b>JVA</b>	<b>Sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen</b>
Fallzahl	0	6	7
Opfer männlich	0	9	3
Opfer weiblich	0	1	4
<b>2015</b>			
Fallzahl	1	8	6
Opfer männlich	0	16	3
Opfer weiblich	1	0	3
<b>2016</b>			
Fallzahl	3	5	18
Opfer männlich	3	4	11
Opfer weiblich	0	3	9

3. Welche Maßnahmen ergreift und unterstützt die Landesregierung, um Angriffen gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes vorzubeugen?

Die Landesregierung unterstützt den im Februar 2017 vom Bundesjustizministerium auf den Weg gebrachten Gesetzentwurf zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften (Bundestag-Drucksache 18/11161 und 18/11547, Bundesrats-Drucksache 126/17). Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte schon bei allgemeinen Diensthandlungen mit einem erhöhten Strafraum zu ahnden. Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes erhalten den Schutz wie Vollstreckungsbeamte. Die Landesregierung erhofft sich von einem entsprechend in Kraft getretenen Gesetz eine general-präventive Wirkung für den Schutz der Tätigkeit vorgenannter Einsatzkräfte.